

Die Gründung der Grünen Partei in der DDR

Die Ausrufung der Grünen Partei beim Delegiertentreffen von DDR-Umweltgruppen in der Berliner Bekenntnisgemeinde am 5. November 1989 und die Gegenerklärung

Dokument 1¹

Berlin, den 05. November 1989

GRÜNDUNGSINITIATIVE FÜR EINE GRÜNE PARTEI IN DER DDR²

Für eine Erneuerung unserer Gesellschaft hat die Umgestaltung unserer zerstörten Umwelt entscheidende Bedeutung. Aber nicht nur unsere Umwelt ist bereits verseucht, sondern in noch viel größerem Maße unser Bewußtsein, nämlich durch die Utopie, daß ständig wachsender Wohlstand und – als seine Bedingung – permanentes wirtschaftliches Wachstum zum Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung gemacht werden kann. Diese Art von Utopie suggeriert uns, der Mensch könne sich willkürlich im Lebenssystem Erde bewegen. Sie versteigt sich sogar zu der militanten Behauptung, er könne sich die Erde unterwerfen.

Damit verbunden ist die Vorstellung, daß Leistung und ihre Belohnung zentraler Maßstab der Bewertung menschlichen Seins wären. Diese Annahme, in ihrer Arroganz, verdrängt die Schwachen an den Rand ihrer möglichen Existenz. Ja, sie kippt sie zunehmend über diesen Rand ab.

Dabei ist es gleichgültig, ob sie auf der Pflegestation einsam und würdelos abtreten, ob sie in die Massengräber der Dritten Welt geschaufelt oder im Museum der ausgestorbenen Pflanzen- und Tierarten auch noch zur Schau gestellt werden.

Unser dergestalt verseuchtes Bewußtsein hat folgerichtig die zum ersten Mal in der Geschichte der Erde mögliche Vernichtung allen Lebens bereits eingeleitet.

Wir handeln also nur aus Selbsterhaltungstrieb, wenn wir als Mitverantwortliche diesem Prozess und Bewußtsein Einhalt gebieten. Daher werden wir mit der GRÜNEN PARTEI unserer ökologischen Weltsicht in der Gesellschaft der DDR politische Kraft verleihen, in dem wir sie kompromißlos zum Ausgangspunkt aller unserer Bestrebungen machen.

1 Vorlage: Zweiseitiges Typoskript, Archiv Grünes Gedächtnis, A – Gerhard Bächer, Vorl. Sign. 3.
2 Alle Großschreibungen wie im Original.

Wir, als Initiativgruppe, haben folgenden

GRÜNDUNGSAUFRUF ZUR GRÜNEN PARTEI IN DER DDR beschlossen:

Die GRÜNE PARTEI in der DDR stellt sich auf die Seite aller Kräfte, die sich für Demokratie und Freiheit durch tiefgreifende Reformen in unserem Land einsetzen.

Sie ist ökologisch, feministisch und gewaltfrei.

DIE BESONDEREN ZIELE DER GRÜNEN PARTEI SIND:

Der konsequente ökologische Umbau unseres Landes in radikaler Absage an umweltzerstörendes, rohstoffvergeudendes Wachstum und den³ stalinistisch geprägten Umgang mit Menschen, Wirtschaft und Umwelt. Sofortiger Handlungsbedarf besteht für die ökologischen Katastrophengebiete im Raum Leipzig – Bitterfeld – Halle, Dresden – Karl-Marx-Stadt und Cottbus und zur Rettung vieler historischer Altstädte, Kulturlandschaften und Schlösser, z. B. in Mecklenburg.

Die endgültige⁴ Sicherung des Friedens durch allgemeine und vollständige Abrüstung. Der Abbau der Militärbündnisse, die Reduzierung der NVA auf das geringste notwendige defensive Niveau und die Aufhebung der militärischen Sperrgebiete – ist eine zwingende Notwendigkeit zur Erhaltung von Frieden und Umwelt.

Wir lehnen Gewalt, nationalen⁵ Chauvinismus und Rassismus ab und bekennen⁶ uns zum konsequenten Antifaschismus.

Die uneingeschränkte Gleichberechtigung aller Frauen und Männer auf allen wirtschaftlichen und politischen Ebenen, von den örtlichen Volksvertretungen bis zur Zusammensetzung des Staatsrates, die immer noch den Charakter überwiegend patriarchalischer Institutionen haben. Der Frau als Mutter steht in dieser Beziehung eine bevorzugte Stellung zu.

Die Natur ist um ihrer selbst willen vor der ungehemmten Entfaltung des Menschen zu schützen. Nur so kann sie Grundlage menschlicher Gemeinschaft und Kultur sein. Bei jeder wirtschaftlichen Aktivität ist daher zu fragen: Wohin, für wen, weswegen?

Die GRÜNE PARTEI setzt sich prinzipiell für eine DAUERHAFTE ENTWICKLUNG ein.

Wir wollen vor allem verhindern, daß die gegenwärtige Erneuerungsbewegung in unserem Land unter dem Druck unvernünftigen, kurzsichtigen, materiellen Nachhol-

3 Im Original: dem.

4 Im Original: entgültige.

5 Im Original: Nationalen.

6 Im Original: bekennen.

bedarfs⁷ eine Gesellschaft der Ellbogenfreiheit, der Verschwendung und Wegwerfmentalität entstehen läßt.

Wir halten die ökologische Orientierung aller Bildungsebenen für dringend geboten, u. a. die Einführung von Umwelt- und Friedenskunde.

Auf der Grundlage der Verfassung der DDR handelnd, setzen wir uns für eine Verfassungsreform ein.

Wir setzen voraus, daß die Tätigkeit der GRÜNEN PARTEI in der DDR keiner staatlichen Behinderung unterliegen wird.

Wir werden projektgebunden – sowohl national wie auch international – mit allen Bürgern, Organisationen und Gruppierungen zusammenarbeiten, die unsere Vorstellungen, auch in Teilbereichen, unterstützen.

Als Teil der Bewegung der europäischen Grünen setzen wir uns für gerechte Verteilungsstrukturen ein, die auch den Völkern der Dritten Welt eine DAUERHAFTE ENTWICKLUNG garantieren und den Zusammenbruch des globalen Ökosystems verhindern helfen.

Wir fördern grenzübergreifende Partnerschaften zum gemeinsamen ökologischen Umbau von Umwelt-Krisengebieten.

Im Vertrauen auf die grundsätzliche Wende unseres Landes rufen wir alle interessierten Bewohnerinnen und Bewohner – gleich welcher Anschauung, Religion und Nationalität – auf:

Aus Sorge um die katastrophale Entwicklung unserer Umwelt, aus Verantwortung für unsere Kinder und die noch ungeborenen Generationen – schließt Euch im örtlichen und regionalen Bereich zu Basisgruppen der GRÜNEN PARTEI der DDR zusammen.

Wählt Sprecherinnen und Sprecher, erarbeitet Vorschläge für das Programm und die basisdemokratische Organisationsstruktur. Erarbeitet auf der Grundlage von Problem- und Förderungskatalogen für Eure Gemeinden, Städte, Regionen und die gesamte DDR ALTERNATIVE KONZEPTE, macht⁸ kreative und praktikable Vorschläge zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft. Beginnt mit Aktionen!

Die erste Delegiertenvollversammlung, die u. a. Programm, Struktur und Personalfragen der GRÜNEN PARTEI in der DDR beschließt, wird Anfang 1990 in einem der von der Umweltzerstörung am schwersten betroffenen Orte der DDR stattfinden.

FÜR EINE GRÜNE WENDE – DIE GRÜNE PARTEI!⁹

⁷ Im Original: Nachholgebedarf.

⁸ Im Original: Macht.

⁹ Die nachfolgenden Kontaktadressen von Mario Hamel und Henry Schramm sind weggelassen.

Dokument 2¹⁰

Gemeinsame Erklärung¹¹

Berlin, 5. November 89

Das Wissen um den Ernst und die Dringlichkeit der globalen und lokalen ökologischen Probleme führt uns zusammen. Die Mitverantwortung, die jeder von uns für die Lösung der vor uns stehenden, schier unbewältigbaren Aufgaben des Umweltschutzes in der DDR in sich spürt, drängt uns zum Handeln. Dieses Handeln kann nur ein gemeinsames sein. Ungeachtet unterschiedlicher Erfahrungen und Weltanschauungen wollen wir uns zusammenschließen.

Die breite ökologische Bewegung in den verschiedenen auf dem Boden der Kirche gewachsenen Vereinigungen, die DDR-weite Kraft der Kulturbund-Umweltgruppen und -Freundeskreise, die Schriftsteller, Künstler, alle Menschen, die sich für die Bewahrung der natürlichen Umwelt und den Aufbau einer menschlichen Gesellschaft, die mit der Natur in Einklang lebt und neue Wertmaßstäbe setzt, persönlich engagieren¹² – sie alle müssen zu einer koordinierten Zusammenarbeit finden.

Bei Bewahrung der Selbständigkeit aller teilnehmenden Gruppen sollte in einem gemeinsamen Arbeits- und Diskussionsprozeß ein **b r e i t e s g r ü n e s B ü n d n i s**¹³ entstehen. Dieser Prozeß hat bereits begonnen.

Die nächsten Aufgaben wären die Einigung auf einen gemeinsamen Forderungskatalog für den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft und die Diskussion der Frage, wie wir zusammen zu realem politischen Einfluß gelangen können. Uns ist klar, daß die Lösung der ökologischen Probleme nur möglich sein wird, wenn eine grundsätzliche Umgestaltung der gesamten Gesellschaft gelingt. Deshalb wäre dringend die Frage zu klären, wie wir diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die dieses Ziel inhaltlich und organisatorisch am konsequentesten anstreben, am besten unterstützen können.

Auch die Frage der Gründung einer grünen Partei oder einer ähnlichen politischen Interessenvertretung kann und darf nur gemeinsam entschieden werden. Einer zu bildenden Initiativgruppe sollten Vertreter aller Bereiche der DDR-Umweltbewegung angehören. Eine übereilte Entscheidung dieser Frage, ohne daß alle diejenigen, die sich bereits intensiv mit dem Problem der Notwendigkeit, der möglichen Struktur und den wichtigsten Aufgaben einer solchen politischen Vereinigung auseinandergesetzt haben, die Möglichkeit hatten, ihre gedankliche Vorarbeit mit in die Entscheidung einfließen zu lassen – eine solche möglicherweise unausgereifte Entscheidung unter Zeitdruck sollten wir vermeiden.

10 Vorlage: zweiseitiges Typoskript (Kopie), Archiv Grünes Gedächtnis, A – Gerhard Bächer, Vorl. Sign. 3.

11 Im Original: «Gemeinsame Erklärung» unterstrichen.

12 Im Original: «persönlich engagieren» zusammen geschrieben.

13 Alle gesperrten Schreibweisen wie im Original.

Letzten Endes geht es um unsere g e m e i n s a m e Zukunft. Wir alle hier wissen genug, um sicher sagen zu können: Wir leben in einer Phase der Menschheitsentwicklung, in der koordiniertes politisches Handeln und politische Verantwortlichkeit im großen wie im kleinen Maßstab nötiger sind denn je. Wir brauchen das gemeinsame Verstehen und das gemeinsame Verantwortungsbewusstsein, wir brauchen eine neue Ethik.

Wenn wir in diesem Sinne handeln, haben wir Grund zur Hoffnung.

Vertreter von Gruppen der Gesellschaft für Natur und Umwelt,
des Verbandes Bildender Künstler
und der Arche¹⁴

14 Das folgende Blatt ist weggelassen. Es enthält die Namen von 62 Unterzeichnern und Unterzeichnerinnen unter Angabe der Gruppenzugehörigkeit.

Kommentar

Der Ost-West-Vergleich ist so oft ebenso erhellend wie misslich. Das gilt auch für die Grünen. Dabei provoziert die Doppelexistenz von «Grünen» (West) und «Grüner Partei» (Ost) irreführende Assoziationen geradezu unwillkürlich. Dass sich das schwarz-rot-gelbe Farbenspiel des westdeutschen Parteiensystems am Ende der 1970er Jahre um einen grünen Tupfer erweitert hat, hatte Ursachen und Rahmenbedingungen, die sich von denen der Gründung der Grünen Partei in der DDR grundsätzlich unterschieden. Inmitten der Herausforderung der SED-Herrschaft durch die Bürgerbewegungen im Sommer und Herbst des Jahres 1989 traten immer neue Gruppen mit Erklärungen an die Öffentlichkeit. Es kam also zu einer Ausdifferenzierung des Oppositionsmilieus, zu der der Zusammenfindungsprozess, den die Grünen im Westen zehn Jahre vorher durchgemacht hatten, geradezu als Gegenteil erscheint. Die Gründung der Grünen Partei in der DDR im Oktober/November 1989 findet keinen entsprechenden Vorgang in der Bundesrepublik zehn Jahre vorher. Vor allem wäre es gänzlich verfehlt, wollte man die eine der politischen Organisationen, die im Ausdifferenzierungsprozess der Bürgerbewegungen die grüne Fahne gehisst hat, die Grüne Partei in der DDR, als das einzige und genaue Pendant der Grünen (West) begreifen. Die in den 1980er Jahren – leider nur von einer Minderheit innerhalb der West-Grünen – unterhaltene Solidarität mit der DDR-Opposition und die durch sie eingeleiteten persönlichen Beziehungen zwischen Ost und West machten solche Unterschiede ohnehin nicht. Wenn es also ein östliches Pendant zu den West-Grünen gab, konnten es nur die Bürgerbewegungen insgesamt sein. Symptomatisch dafür steht die Entscheidung der sächsischen Grünen im September des Jahres 1990, nicht den Zusammenschluss mit den West-Grünen zu suchen, sondern zuerst den mit den anderen Bürgerbewegungen in Sachsen. Vielleicht kann man also sagen, dass sich im Herbst 1989 etwas ausdifferenziert hat, was grundsätzlich zusammengehörte.

So gesehen müsste man in Bezug auf die beiden oben abgedruckten Dokumente fragen, was die Akteure der unabhängigen Ökologiebewegung der DDR bewogen hat, in Abgrenzung zum Neuen Forum eine Grüne Partei zu gründen. Der Text des Gründungsmanifests vom 5. November gibt diese Gründe nicht her. Die Ziele der Bürgerbewegungen sind grundsätzlich dieselben. Trotzdem prallt der Appell der in der Berliner Bekenntnis-Gemeinde versammelten Umweltschutzgruppen (siehe Dokument 2) bei den zur Parteigründung Entschlossenen ab. Sie wollen sich nicht aufhalten lassen und werden drei Wochen später, am 25. November 1989, die tatsächliche Gründung der Grünen Partei vollziehen. Die Gründe für ihre Handlungsweise, haben Wolfgang Kühnel und Carola Sallmon-Metzner gezeigt¹,

1 Wolfgang Kühnel/Carola Sallmon-Metzner: Grüne Partei und Grüne Liga. Der geordnete Aufbruch der ostdeutschen Ökologiebewegung, in: Helmut Müller-Enbergs/Marianne Schulz/Jan Wielgohs (Hrsg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991, S. 166-220.

liegen in den Erfahrungen der unabhängigen Ökologiebewegung der DDR in den 1980er Jahren. In der DDR-Opposition waren, wie Ilko-Sascha Kowalczuk² betont hat, Friedens-, Menschenrechts- und Umweltarbeit integriert. Frauen-, Umwelt-, Friedens-, Menschenrechts- und Dritte-Welt-Gruppen gab es seit den 1970er Jahren in Ost und West, aber die Bedingungen, unter denen sie tätig sein konnten, waren gänzlich verschieden. In der DDR waren sie in ihrem öffentlichen Auftreten durch die Parteidiktatur der SED und ihren Unterdrückungsapparat radikal beschränkt. Sie hatten prinzipiell keinen Zugang zur DDR-Öffentlichkeit, den allein die offiziellen staatlichen Organisationen besaßen. Allerdings gab es daneben kirchliche und unabhängige Gruppen, die im Schutzraum der evangelischen Kirche als der einzigen zugelassenen nicht-staatlichen Organisation tätig waren. Nischen gab es gleichwohl auch im staatlichen Bereich. Nehmen wir nur die Umweltbewegung: Um umwelt-politisches Interesse und Protest aufzufangen und zu kanalisieren, wurde 1980 im Rahmen der Massenorganisation Kulturbund der DDR die Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) gegründet, die zeitweilig rund 60.000 Mitglieder hatte, die sich für den Umweltschutz in der DDR engagierten.³ Innerhalb der GNU gab es Arbeitskreise, insbesondere die Stadtökologiegruppen, durch die eine überregionale Vernetzung in Form von Seminaren existierte.⁴

Die unabhängige Umweltbewegung der DDR dagegen umfasste einen wesentlich kleineren Personenkreis, aber immerhin schätzen Wolfgang Kühnel und Carola Sallmon-Metzner, dass es 1989/1990 ca. 80 bis 90 Gruppen mit regionalen Schwerpunkten in Halle, Leipzig, Dresden, Erfurt, Berlin und Schwerin gegeben habe.⁵ Eine Vernetzung dieser Gruppen existierte durch die von Pfarrer Hans-Peter Gensichen im Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg organisierten ökologischen Seminare. Die Geschichte der unabhängigen Umweltbewegung der DDR kann hier nicht ausführlich dargestellt werden.⁶ Sie konzentrierte sich anfangs auf die Verwüstungen der Umwelt im Raum Bitterfeld, bekannt durch den Roman «Flugasche» von Monika Maron. Ihre weiteren Wendepunkte waren im April 1986 die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, die zur Auseinandersetzung mit den – teils geplanten – Atomkraftwerken bei Greifswald und Stendal und dem Uranabbau in der DDR führte. Eine weitere Folge von Tschernobyl war die Gründung der Umweltbibliothek im Keller der Berliner Zionsgemeinde im September desselben Jahres mit Bibliothek, Ausstellungsraum, Druckerei und den «Umweltblättern», deren führende Mitarbeiter ein Jahr später verhaftet wurden. Die folgenden internen Auseinandersetzungen um Selbstverständnis, Professionalität und Vernetzung führten im Januar 1988 zur Gründung des grün-ökologischen Netzwerks Arche mit der Zeitschrift Arche Nova und wenige Monate später zum Ausschluss der Netzwerk Arche-Mitglieder aus der Umweltbibliothek. Die Mitglieder der Gründungsinitiative der Grünen Partei entstammen überwiegend dem grün-ökologischen Netzwerk Arche. Sie machten seit dem Frühjahr 1989 weitere Erfahrungen, was ihr Selbstverständnis und Organisation betraf, als im Zusammen-

2 Ilko-Sascha Kowalczuk: Unabhängige Umweltbewegung. Einführung, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/ Tom Sello (Hrsg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos, Berlin 2006, S. 275.

3 Wolfgang Kühnel/Carola Sallmon-Metzner, a.a.O., S. 173.

4 Ebd., S. 174.

5 Ebd., S. 176.

6 Vgl. den oben genannten Aufsatz von Kühnel und Sallmon-Metzner.

BAUFLÄCHEN entstehen,
auch wenn man sich nicht um sie kümmert.



GRÜNFLÄCHEN verschwinden,
wenn man sich nicht um sie kümmert.

GRÜNE PARTEI
GRÜNE LIGA

Plakat der Grünen Partei in der DDR und der Grünen Liga, ca. 1990

hang mit der gefälschten Kommunalwahl vom 7. Mai die Idee Grüner Listen aufkam und im Zusammenhang des Neuen Forums diskutiert wurde. Diese Idee war von den Mitgliedern der Initiativgruppe schließlich verworfen worden. Soweit der Erfahrungshintergrund, der zur Gründung der Grünen Partei führte und der die Entschiedenheit der Gruppe erklärt, die Grüne Partei zu gründen. Bemerkenswert, aber auch bezeichnend ist, dass die Initiativgruppe das Delegiertentreffen in der Berliner Bekenntnis-Gemeinde am 5. November 1989 als Öffentlichkeit zur Verkündung ihrer Entscheidung wählte. Auf diesem Delegiertentreffen waren sowohl die Stadtökologiegruppen der GNU im Kulturbund wie die unabhängige Umweltbewegung vertreten. Indem die Initiativgruppe dieses Treffen aussuchte, um die Gründung der Grünen Partei zu erklären, hat sie sich an die gesamte Ökologiebewegung der DDR gewandt.